

REDEMANUSKRIPT

(es gilt das gesprochene Wort)

Susanne Uhl, DGB Regionsgeschäftsführerin Schleswig-Holstein Nordwest Flensburg, 1. Mai 2017

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,
ich gestehe, selten bin ich vor einer Rede so lange über den Flur getigert und blieb dennoch so hin-und-her-gerissen:

Einerseits will ich natürlich eine mutmachende 1. Mai Rede halten: Uns feiern dafür, was die Gewerkschaftsbewegung in den letzten vielen Jahrzehnten alles gemeinsam erreicht hat! Und natürlich will ich den spitzen Finger an die Stellen pieken, die dringend einer Reform bedürfen – von der Rente über sachgrundlose Befristungen, mehr Geld und soziale Sicherheit für Leute ohne oder in prekärer Arbeit, dringend nötige Verbesserungen bei Werkverträgen und bei der Tarifbindung und vieles mehr. All das ist nötig. Und schließlich ist auch noch Wahljahr.

Andererseits hab ich aber das nagende Gefühl, dass es gerade um gesellschaftlich Grundlegenderes geht. Das hat damit zu tun, dass sich an vielen Stellen in der Welt vorwiegend Männer politisch durchsetzen, die demokratische Mitbestimmungsstrukturen und gleiche soziale Rechte offen aushebeln. Viele von uns – ich jedenfalls – dachte bis vor nicht allzu langer Zeit, dass wir historisch und gesellschaftlich einen Punkt erreicht hätten, der ein so fundamentales Zurück mindestens zu meinen Lebzeiten kaum noch möglich macht: Russland, Ungarn, Polen, die Türkei sind nur einige - und jetzt auch die USA.

Leider ist es nicht damit getan Putin, Orban, Kaczyński, Erdogan, Trump und wie sie alle heißen, für wahlweise etwas klügere oder etwas beschränktere Deppen zu halten und damit fertig. Sie alle konnten mit ihren Programmen Wahlen gewinnen – wenn auch nicht immer mit einer Mehrheit an Stimmen oder ganz demokratisch.

Sie konnten sich mit Programmen durchsetzen, die sich zwar inhaltlich durchaus unterscheiden, nicht aber in ihrem Sound, in ihrem politischen Tonfall. Überall schaffen sie es, ein politisches Klima, eine Atmosphäre zu schaffen, die viele Menschen bedrückt, bedroht oder sie sogar offener Aggression aussetzt.

Sie schaffen es, für einige ein „Wir-Gefühl“ zu erzeugen – nur dadurch, dass sie andere verächtlich machen, offen geringschätzen, ausgrenzen, anpöbeln, ihre Rechte beschränken: Frauen, EinwanderInnen, Lesben und Schwule, Transgender, wahlweise Moslems, Christen oder andere religiöse Minderheiten aber auch Arbeitslose, Arme und in den USA auch GewerkschafterInnen.

Warum mich das so bedrückt hat mehrere Gründe:

Diese Atmosphäre verändert nicht nur die jeweiligen Länder, sie hat Widerhall auch an anderen Stellen der Welt – auch bei uns hier. Sie stößt auf eine ähnliche Bereitschaft bei Vielen, sich durch Abgrenzung gegenüber anderen ein einfaches, ein überschaubares „Wir“ zu schaffen. „Wir Männer“, „wir im eigenen Land benachteiligten weißen Arbeiter“, „Wir Normalen“ und so weiter.

Nun bin ich weit davon entfernt Trump oder die AfD für verkappte neue Arbeiterparteien zu halten – sie gewinnen vor allem bei den sogenannten Besserverdienenden. Und dennoch erzeugen sie eine politische Stimmung, die wir nicht einfach abtun können.

Donald Trump zielt mit seinem „America first“ auf Arbeitnehmer in den Staaten des Mittleren Westens, die in den letzten Jahren einen kräftigen Strukturwandel erleben mussten: Kohleminen und Stahlhütten haben aufgrund von Produktivitätssteigerungen und Technologiewandel Mitarbeiter entlassen. Trump und seinen Wahlkampfstrategen ist es aber irgendwie gelungen, dies einerseits mit Globalisierungsprozessen, andererseits mit den mexikanischen EinwanderInnen verknüpfen. Von Beidem müsse man sich abschotten – so Trump, dann würde alles besser. Was für ein Quatsch. Beides ist falsch.

Ja, eine unregulierte und unfaire Form der Globalisierung kann dazu führen, dass grenzüberschreitender Freihandel auch zur Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer führt. Wir hier in Flensburg kennen das Problem von unseren dänischen Nachbarn, die wegen der Lohnunterschiede Tausende von Arbeitsplätzen in Schlachtereien oder der Logistik verloren haben, die jetzt hier bei uns im Norden stattfinden. Wir in Deutschland sind das Billiglohnland von Dänemark. Aus Deutschland wiederum gehen Unternehmen nach Polen oder nach Portugal – die Kollegen von Senvion in Husum erleben das gerade. Aber seid deswegen ihr, sind die polnischen, die rumänischen, die portugiesischen KollegInnen schuld? Nein. Die Unternehmensleitungen sind es, die wiederum auf der Basis von Gesetzen und mangelnden Kontrollen agieren können. Für diese Gesetze sind Regierungen verantwortlich. Und deren Mehrheitsverhältnisse können wir in demokratischen Staaten ändern!

Ein anderer globaler Handel als diese Art der neoliberalen Laissez-faire-Globalisierung ist möglich. Es geht also nicht um den Handel als solchen, sondern darum, wie dieser Handel stattfindet. Deshalb gehen wir gegen CETA und TTIP auf die Straße – nicht weil sie internationale Handelsabkommen sind, sondern weil sie verdammt schlechte internationale Handelsabkommen sind.

Nationale Grenzen hochzuziehen ändert daran erstmal gar nichts. Denn früher konnten wir Neoliberalismus auch im nationalen Rahmen. Ausbeutung geht auch mit Abschottung. Europa in die Tonne zu treten und nationalen Lösungen das Wort zu reden - darum kann es also nicht gehen.

Es geht um Kooperation statt Konkurrenz im europäischen und internationalen Rahmen. Es geht darum, soziale und ökologische Standards, Arbeitnehmerrechte und vor allem deren sanktionsbewehrte Kontrolle gegen ungehemmte ausbeuterische Strukturen durchzusetzen. Das ist unser Streit für den es sich einzusetzen lohnt!

Der zweite Punkt im amerikanischen Wahlkampf – dass die Einwanderer mindestens mit schuld seien an der sozialen Misere im Land – das kennen wir auch aus der hiesigen Diskussion und die ist nicht nur auf die AfD beschränkt. Da fallen Sätze wie „meine Rente wurde jahrelang gekürzt, und die Flüchtlinge kriegen jetzt alles“. Oder: „Es gibt zu wenig günstige Wohnungen und die kriegen jetzt die und nicht wir“.

Ja, die Renten wurden jahrelang gekürzt. Ja, es gibt zu wenig günstige Wohnungen vor allem in Ballungsräumen wie Kiel oder auch hier in Flensburg.

Aber dass Menschen, die vor schlimmsten Bedrohungen, vor Kriegen oder auch vor Hunger fliehen – von denen es sowieso die wenigsten bis Europa und bis nach Flensburg schaffen - dass diese deshalb an der Grenze abgewiesen werden sollen oder - wenn sie hier sind - kein Geld kriegen sollen und keine Wohnung, das ist doch absurd!

Niemandem ist etwas weggenommen worden, weil Menschen zu uns geflohen sind. Niemandem. Dass Renten gekürzt und keine Wohnungen gebaut wurden, dass Kindergartenplätze knapp und Schulen renovierungsbedürftig sind, dafür sind Bundes- und Landesregierungen, Kreise und Kommunen verantwortlich.

Jahrelang und bis heute gelten ausgeglichene Haushalte es als schick und finanzpolitisch alternativlos. Viele von euch wissen, dass es zu meinen Lieblingsthemen gehört zu begründen, warum die Schuldenbremsen in Bund und Land finanzpolitischer Unfug sind. Und es ist nicht schwer, rd. 70 Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen zu errechnen, die - in Gesetze gegossen - noch nicht einmal das Steuerniveau der Regierung Kohl erreichen würden.

Kurz gesagt: An einer neoliberalen Finanzpolitik mit ihren schädlichen Auswirkungen sind nicht die Flüchtlinge schuld - sondern die jahrelange Erzählung, wie schädlich es sei, umverteilende Steuern zu erheben oder für Investitionen auch Schulden machen zu können. Dieses Denken ist tief verwurzelt in vielen Parteien und auch in vielen von uns. Es ändert sich erst langsam wieder. Aber um hier ernsthaft die Mehrheitsverhältnisse zu ändern brauchen wir leider noch einen längeren Atem.

Die AfD will die ruinöse Sparpolitik im Übrigen noch verschärfen - sie will Steuersenkungen für Reiche, bekennt sich zum aus unserer Sicht ruinösen Steuerwettbewerb, zur Schuldenbremse sowieso.

Wie abstrus also, wenn Leute unter Verweis auf ihre soziale Situation Parteien wählen, die ihre soziale Situation noch radikal verschlechtern würden.

Was aber sicher ist: Flüchtlinge sind nicht schuld an der sozialen Misere im Land – sie werden davon genauso bzw. noch schlimmer getroffen. Denn Flüchtlinge bekommen weniger als das Existenzminimum zum Leben. Sie bekommen statt des skandalösen einen Euro für eine vom Jobcenter verordnete Arbeitsgelegenheit nur achtzig Cent usw.

Das ist nur deshalb so, weil einige Politikerinnen und Politiker glauben, dass man Flüchtlinge noch schlechter stellen muss, damit sich benachteiligte Deutsche nicht aufregen und Rechtspopulisten wählen.

Politikerinnen und Politiker, die ihr solche Maßnahmen vorschlagt und beschließt: Ist euer Menschenbild tatsächlich schon so ramponiert, dass ihr der Kraft von Argumenten nicht mehr traut? Dass ihr tatsächlich glaubt, dass arme Leute rechts wählen, wenn es anderen nicht schlechter geht als ihnen selbst? Und selbst wenn das so wäre, wäre es dann nicht folgerichtig zu ahnen, dass das Nicht-Argumentieren in einem nächsten Schritt nur noch tiefer in die geistige Misere führt?

Das kann und darf nicht die richtige Antwort darauf sein, wenn Leute sagen oder behaupten, sie würden von der Politik nicht mehr ernst genommen und wahlweise auf „die Etablierten“ oder „das Establishment“ schimpfen.

Wir alle, die wir hier sind, wissen, dass die politischen Institutionen demokratische Errungenschaften sind. Und wir wissen, dass es immer wieder darum geht, dass sich diese Institutionen – die ja von uns selbst mit geprägt sind - verändern, offener und transparenter werden.

Menschen, die ihre Angelegenheiten solidarisch mit anderen in die Hand nehmen und verbessern wollen, dürfen nicht an Wände laufen, sondern müssen auf offene Ohren, abwägende und durchaus auch strittige Diskussionen treffen. Sie müssen sich durch ernsthafte Auseinandersetzung und nicht durch bequeme Zustimmung ernst genommen fühlen.

Es geht um Beteiligung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung. Es geht um das Ringen und den Streit um Argumente. Und es geht darum, dass gute Argumente auch aufgegriffen werden von den Institutionen, die ja auch unsere sind: Gewerkschaften, Parteien und Verbände.

Das sagt nicht, dass es keine Interessenkonflikte gäbe. Konflikte und Kompromisse gehören unbedingt dazu – genauso wie die Orte an denen sie ausgehandelt werden: In Parlamenten, in Betrieben, in Tarifverhandlungen usw.

Unser Ort als Gewerkschaften sind in erster Linie die Betriebe. Und ich bin mir sicher: wenn Menschen an ihrem Arbeitsplatz ernst genommen und wert geschätzt werden, wenn sie tatsächlich mitbestimmen können, dann ist diese Erfahrung ein fettes Pfund: Für sie selbst und für eine demokratische Gesellschaft.

Dazu gehört es auch Positionen und Argumente öffentlich strittig zu stellen und in Streiks oder Demonstrationen zu zeigen: Nein, der Weg den ihr Regierenden, ihr Unternehmensleitungen formuliert, den wollen wir nicht.

Ich weiß nicht wie es euch ging: Aber als nach dem deprimierenden Wahlsieg von Donald Trump Hunderttausende in den USA auf die Straße gingen – für gleiche, für soziale, für kulturelle Rechte für Alle und gegen die geistige Misere - das war hoffnungsvoll. Fast alle hatten Mützen auf: In pink.

Dass pink einmal die Farbe des Widerstandes, die Farbe für die Achtung von Bürger- und Menschenrechten wird, hätte ich mir nicht träumen lassen. Aber jetzt bin ich mir sicher: es wird meine Farbe des Jahres 2017.